

Dossier – Arbeit

Fortsetzung von Seite 25

Besonders Manager leisten für hohes Einkommen entfremdete geistige Arbeit ohne große Rücksicht auf gesellschaftliche oder soziale Zusammenhänge. Zur Verantwortung, die in solchen Tätigkeiten liegt, werden Manager in den meisten Fällen nur durch ordnungspolitische Maßnahmen in Form von Gesetzen oder durch sozialpartnerschaftliche Kontrollinstanzen wie Gewerkschaften, Arbeiterkammern oder Konsumentenschutzorganisationen gezwungen.

Auf einen Nenner gebracht: Die Arbeit hat heute viel mehr denn je von ihrer sinnstiftenden Funktion im Leben des Einzelnen und der gesamten Gesellschaft verloren.

Gedränge in der Hängematte

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass heute bei jeder Diskussion über die sogenannte Grundsicherung oder das Grundeinkommen trotzdem sofort ein Geheul der bürgerlichen Kapitalkumulierer ausgestoßen wird.

Grundsicherung, das würde die Leute in die soziale Hängematte drängen, würde die Arbeitsgesellschaft in ihren Grundfesten zerstören und zu

einer Explosion der staatlichen Transferzahlungen in Richtung einer unproduktiven Bevölkerungsschicht führen.

Theoretisch möglich. Deshalb ist die Einführung eines Grundeinkommens nicht ohne Risiko, solange die grundlegenden Verhältnisse sich nicht ändern. Das heißt: Arbeit als zeit- und lohnbestimmt zu sehen. Doch so einfach sind die Dinge nicht. Die heutige Situation in Europa stellt sich zumindest teilweise so dar, dass im Schnitt nur mehr rund 40 Prozent der Bevölkerung mit ihren Lohnsteuerzahlungen auf das Einkommen die restlichen 60 Prozent mit erhalten müssen.

Die Steuerprogression bewirkt, dass die Realeinkommen weiter sinken und somit jene, die für die meisten Transferzahlungen aufkommen, nie in die Lage kommen werden, Kapital anzuhäufen und sozusagen auf die andere Seite zu wechseln. Dort befinden sich neben den vielen Rentnern und Pensionisten, die heute die Früchte der Sozialgesetzgebung der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts genießen, die Vertreter der Erbgengesellschaft und jene, die von fehlgeleiteten Sozialgesetzen (wie etwa Hartz IV in Deutschland) profitieren.

Würde aber arbeitsloses Einkommen, also Kapitalerträge

und Vermögen, höher besteuert und die Steuerlast von den Arbeitseinkommensbezieherinnen genommen, ließen sich die gesamten Transferleistungen umstrukturieren. Eine so finanzierte Grundsicherung würde es den Lohnabhängigen leichter machen, sich den neuen, zeitgemäßen Formen von Beschäftigung (Tearbeit, Netzwerkarbeit, Projektarbeit und dergleichen) zuzuwenden und gleichzeitig ihre Produktivität besser zu verteilen und einzusetzen als durch das heutige „Anwesenheitsprinzip“, das Leistung absurderweise in den am Arbeitsplatz verbrachten Stunden misst und weniger an der effektiven Produktivität des Einzelnen.

Der Wert von Gratis-Arbeit

Auf der anderen Seite würde bisher „gratis“ geleistete Arbeit wie etwa in der Kindererziehung, im Haushalt, in Vereinen, in der Pflege, in der Selbsthilfe, in NGO (nichtstaatlichen Organisationen) per staatlicher Transferzahlung vergütet, damit im Wert gehoben und als „Arbeit an der Gesellschaft“ anerkannt werden. Denn es ist ja gerade der Zwang zur Lohnarbeit, der althergebrachte Strukturen von Familien, Nachwuchspflege und so fort zerreißen – die Bevölkerung in den westlichen Industrieländern schrumpft zu einem großen Teil deswegen.

Gerade bürgerliche Parteien kontern auf die Forderung nach einem Grundeinkommen immer mit den Bedenken, das Leistungsprinzip würde dadurch untergraben. Es wäre aber gerade Aufgabe der Politik, mit Steuerungsmaßnahmen dafür zu sorgen, dass ein Grundeinkommen gerade eine solche Höhe erreicht, dass Leistung nach wie vor ihren Reiz hat. Die klassische Arbeitsmarktpolitik mit ihren kosmetischen Maßnahmen kann diese Forderung offensichtlich nicht oder nur mit Zwang erfüllen.

Geld ohne Arbeit

In Österreich sind zwar formal nur zwischen vier und fünf Prozent der Menschen arbeitslos, würde man aber alle Nichtgemeldeten und solche, die in Schulungen sind, dazurechnen, läge die Arbeitslosigkeit bei rund zehn Prozent. Rund eine halbe Mio. Menschen verrichtet darüber hinaus freiwillige, unbezahlte, unbeachtete Arbeit.

Auf der anderen Seite verteilt sich mehr als ein Drittel des vorhandenen Vermögens in Österreich auf rund 60.000 Personen, die dadurch in der Lage sind, arbeitsloses Einkommen zu beziehen, also vom Kapital zu zehren. Man muss kein Sozialrevolutionär sein, um aus dieser Schiefelage zumindest einen gewissen Korrekturbedarf abzuleiten, wenn die Situation in Zukunft nicht entgleiten soll.

Die Utopie eines Grundeinkommens (auch Bürgergeld



Das Recht auf Arbeit hat er nicht. Aber irgendwo muss ja der Unterschied sein. Foto: EPA

oder Existenzgeld genannt) wäre zudem Berechnungen liberaler Wirtschaftstheoretiker wie Milton Friedman zufolge ohne größere Anstrengungen finanzierbar. Geht man von einer moderaten Anpassung der Vermögensbesteuerung und vom kompletten Umschichten der Aufwendung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Rente, Kindergeld, Wohnbeihilfe, sonstiger Transferzahlungen sowie der Abschaffung der gesamten Sozialbürokratie aus, käme ein Grundeinkommensmodell den Staat sogar günstiger als das heutige System der Verwaltung von Arbeitslosigkeit mit seinen kafkaesken Bedürftigkeitskontrollen und Leistungsrationierungen.

In der Diskussion um ein Basiseinkommen werden mitunter die Begriffe Grundsicherung und Grundeinkommen durcheinandergeworfen. Unter Grundsicherung, wie sie auch das Modell von Sozialminister Erwin Buchinger („bedarfsorientierte Grundsicherung“) vorsieht, versteht man Modelle zur Verbesserung der Erwerbsarbeit und die Beseitigung von Ungerechtigkeiten beim bestehenden System der sozialen Sicherung. Kurz: Alle, die nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen, haben Anspruch auf Grundsicherung, die Buchinger zudem über sein Modell der „Negativsteuer“ erreichen will. Mit dieser Idee kann sich auch die bürgerliche Seite einigermaßen anfreunden. Der Nachteil liegt im bürokratischen Aufwand und der Tatsache, dass sich am grundsätzlichen Sozialversorgungsentwurf nichts ändert.

Das Grundeinkommen dagegen ist eine vom Zwang, der Lohnarbeit nachzugehen, entkoppelte Form der staatlichen Leistung: ein bedingungsloses Grundeinkommen. Es ist mehr als die Grundsicherung ein sozialökonomisches Modell, das durch eine komplette Neuorganisation des Steuersystems und den Wegfall der bisherigen Sozialbürokratie ermöglicht werden soll. Befürworter sehen darin einen gesellschaftlichen Fortschritt, Gegner befürchten eine „Kultur der Faulheit“.

Scheinbare neue Freiheit

Die Frage ist nur, wohin die Gesellschaft ein Grundeinkommen bringt: Werden dann „minderwertige“ Tätigkeiten wie Fließbandarbeit oder Gebäudereinigung überhaupt noch durchgeführt? Lässt sich so etwas komplett durch Maschinen ersetzen? Wird normale Arbeit dann immer teurer und teurer? Würden sich bestimmte Milieuschichten an die staatlichen Alimmente gewöhnen und nie wieder einen Finger rühren? Würden sich mehr und mehr Menschen mit dem Existenzminimum zufriedengeben, weil sie eine neue Freiheit nach dem Lohnarbeitszwang entdeckt haben? Würde sich, weil niemand mehr zum Grundeinkommen etwas dazuverdient, die Finanzierung desselben automatisch untergraben? Ein riskantes Modell. Aber Risiken mit der Aussicht auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einzugehen, das Antizipieren einer Utopie, das unterscheidet den Menschen wahrscheinlich auch vom Affen.

Antonio Malony